

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 17. November 2022

Selbständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen
und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Transparenz beim
Schuldenstand des Konzern Burgenland**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Transparenz beim Schuldenstand des Konzern Burgenland

Transparenz und Kontrolle sind wichtig für die politische Arbeit. Der Rechnungshof leistet mit seinen umfassenden Berichten wichtige Kontrollarbeit. Gerade in Zeiten einer absoluten Mehrheit ist Transparenz umso wichtiger.

Im Burgenland kommt es immer wieder zu Ankündigungen von Projekten und Neugründungen von Gesellschaften. Weiters gibt es im Land Burgenland offensichtlich zahlreiche Personalaufnahmen, gemäß einer schriftlichen Anfrage wurden in der Ära Doskozil bereits mehr als 260 zusätzliche Mitarbeiter aufgenommen.

Bis vor Kurzem hat niemand das tatsächliche Ausmaß der Verschuldung des Landes gekannt. Der Bericht des Landes-Rechnungshofes (GZ 22-1200) hat hier Licht ins Dunkel gebracht und den Schuldenstand des Landes offengelegt. Der Finanzschuldenstand des Landes beträgt mit Stichtag 31.12.2021, unter Berücksichtigung von 60 Landesbeteiligungen, 1,8 Milliarden Euro. Das bedeutet umgerechnet auf die Einwohner des Burgenlandes eine Pro-Kopf-Verschuldung von rund 6.000 Euro. Damit hat das Burgenland eine höhere Verschuldung als die Stadt Graz. Der Rechnungshofbericht legt auch offen, dass rund zwei Drittel der Finanzschulden auf die Landesbeteiligungen entfallen und damit vom Landtag in der Realität kaum prüfbar sind. Der Schuldenstand unter der Verantwortung von Landeshauptmann Doskozil hat sich von rund 1,2 Milliarden Euro auf 1,8 Milliarden Euro erhöht.

Der Bericht des Landes-Rechnungshofes (BLRH) zeigt auch eine erste Zwischenbilanz der Zinsswaps auf. Das Land hat durch diese Spekulationsgeschäfte 99 Mio. Euro Verluste eingefahren, für die Zukunft drohen laut Rechnungshof weitere Verluste in der Höhe von rund 95 Mio. Euro. Damit entsteht dem Land durch dieses Spekulationsgeschäft ein Schaden von bis zu 194 Millionen Euro. Der Landeshauptmann und Finanzreferent ist jetzt gefordert, sich um einen raschen Ausstieg aus diesen Spekulationsgeschäften zu bemühen.

Der BLRH empfahl dem Land Burgenland und seinen Landesbeteiligungen, die Höhe der konsolidierten Finanzschulden jährlich zu evaluieren und den Burgenländischen Landtag über deren Zusammensetzung und Stand in Kenntnis zu setzen. Aufbauend auf dieser Kenntnis, sowie bestehender Liquiditätsreserven wäre eine umfassende und kongruente Finanzierungsstrategie in Übereinstimmung mit den bestehenden Restlaufzeiten zu erstellen und zu verfolgen. Diese Finanzierungsstrategie wäre in weiterer Folge jährlich an die Erfordernisse anzupassen.

Weiters empfahl der BLRH, dass die Laufzeiten und Rückführungsmodalitäten von Finanzierungen in Einklang mit realistischen Nutzungsdauern sowie mit realistischen Rückführungszeiträumen stehen sollten. Bei zukünftigen Projekten wäre auf eine generationengerechte Finanzierung zu achten. Langfristige endfällige Finanzierungen, für die über die gesamte Laufzeit hinweg nur die Zinsen bedient werden, verschieben das Thema der Kapitalrückführung auf künftige Generationen. Tilgungen und Zinsen sollten daher jährlich im Wege von Annuitätenzahlungen über eine mit der Nutzungsdauer der Investition abgestimmte Laufzeit bedient werden.

Der Rechnungshofbericht hat ein verheerendes Bild der Finanzlage des Landes hinterlassen. Es gibt zahlreiche offene Fragen. Es muss sich dringend etwas ändern. Eine weitere Verschuldung muss verhindert werden, damit auch künftige Generationen eine Chance haben. Für die Zukunft braucht es eine vorausschauende Planung, dafür muss zuerst der Ist-Stand in Form eines Kassasturzes erhoben werden. Bei dem Kassasturz sollen alle politischen Kräfte im Land einbezogen werden, um Transparenz und Aufklärung zu erzielen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung, insbesondere der Landeshauptmann und Finanzreferent, wird aufgefordert,

- sämtliche Empfehlungen des Burgenländischen Rechnungshofes in dessen Prüfbericht (Geschäftszahl 22-1200) umgehend umzusetzen, denn nur so kann für Transparenz und Aufklärung gesorgt werden,
- umgehend einen Kassasturz bei den Landesfinanzen durchzuführen,

- unverzüglich zu einem Budget-Gipfel mit allen im Landtag vertretenen Parteien, mit den Sozialpartnern und mit den verantwortlichen Regierungsmitgliedern einzuladen,
- nach den Gesprächen im Rahmen des Budgetgipfels einen seriösen Finanzplan bis 2027 zu erstellen, und zwar unter Einbindung aller politischen Kräfte und
- die tatsächliche finanzielle Lage und die Überschuldung des Landes als detaillierten Bericht gegenüber dem Landtag offenzulegen.